asta information

Johann Wolfgang Goethe-Universität

April 1968 - Nr. 20

Selbstzensur

Wie objektive Berichte über die Brutalität der Polizei am Ostermontag von den lokalen Zeitungen in Frankfurt zurückgehalten werden, zeigte die Frankfurter Neue Presse. Nachdem schon 100 Exemplare der Dienstagsausgabe vom 16. 4. angedruckt waren, ließ der Chef vom Dienst die einzige Passage der ersten Seite aus dem Satz nehmen, die nicht von der Polizeithese der Gewalttätigkeit der Demonstranten ausging. Zuerst hieß es:

Gestrichen:

„Polizei greift hart durch

Gegen 20 Uhr sprengte berittene Polizei den Ring der Demonstranten einer Zufahrtsstraße (Galluswarte). Die ersten Zeitungsfahrzeuge verließen das abgesperrte Gelände. Augenzeugen zufolge kam es dabei zu unvorstellbaren Prügelszenen. Kameraleute filmten etwa, wie mehrere Polizeibeamte minutenlang auf einen Demonstranten mit Gummiknüppeln einhieben, der den Anschluß an die Zurückweichenden verloren hatte. Mit Pferden und Gummiknüppeln gingen die Polizisten immer wieder gegen Demonstranten vor, als längst der Weg für die Fahrzeuge frei war. Teile der Polizei waren mit Gasmasken ausgerüstet. Im Hintergrund standen Beamte mit Hunden bereit. Von einzelnen Polizeibeamten wurde das Vorgehen verschiedener Kollegen als sinnlos scharf verurteilt."

Diese Passage wurde ersetzt durch folgende:

„An einer Straßenkreuzung, etwa 200 Meter von dem Verlagsgebäude entfernt, brachte eine Gruppe von Demonstranten leere Lieferwagen der „Abendpost-Nachtausgabe" und Frankfurter Neuen Presse zum Stehen und ließen die Luft aus den Reifen. Schließlich blockierten sie die Autos mit Brettern. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich, als einige Demonstranten einen berittenen Polizisten entführen wollten.

Gegen 20 Uhr sprengte berittene Polizei den Ring der Demonstranten einer Zufahrtsstraße (Galluswarte). Die ersten Fahrzeuge verließen das abgesperrte Gelände.

Eine Gruppe von etwa einhundert SDS-Demonstranten belagerte sitzend die Durchfahrt an der Nordseite des Hauptbahnhofes, die die Gepäckwagen mit den Zeitungssendungen passieren müssen."

Die Einheitlichkeit der Hetze war hergestellt, Objektivität ist bei einer Zeitung wie der Neuen Presse so etwas wie ein Betriebsunfall.

Auf einem Flugblatt, unterzeichnet „Die Studenten von Frankfurt", das vor der Societätsdruckerei verteilt worden ist, war irrtümlich von der Nachtausgabe statt der Frankfurter Neuen Presse die Rede. Vertreter des Aktionskomitees haben sich für diesen Irrtum schon entschuldigt. Wir wären allerdings froh, wenn der Irrtum auch auf Wahrheit beruht hätte: daß nämlich die „Nachtausgabe" wenigstens eine objektive Passage auch nur in Vorbereitung gehabt hätte.

dpa-Falschmeldung

Die Nachrichtenagentur dpa verbreitete am 15. April folgende Meldung:

„dpa 179/160 ld
aktion sechs
zwtl: frankfurt: demonstrant mit maschinenpistole
nach angaben eines frankfurter polizei-oberrats ist bei der demonstration ein junger mann beobachtet worden, der mit einer maschinenpistole auf eine gruppe von polizisten schiessen wollte. beobachter sahen, wie der junge mann abdrückte. die waffe versagte nach angaben des polizeioberrats jedoch und die kugel blieb im lauf stecken
folgt aktion sieben
dpa 179/160 he/kh 15. apr. 68 2027

Diese Meldung ist in allen Einzelheiten unwahr. Die Frankfurter Polizei und die Pressestelle der Schutzpolizei bestätigten dem Pressereferenten des Allgemeinen Studentenausschusses, daß kein Polizeioffizier eine solche Erklärung abgegeben habe. Der Polizei ist von dem Vorgang nichts bekannt. Die Nachrichtenagentur weigerte sich, obwohl sie mehrfach dazu aufgefordert wurde, eine Berichtigung zu bringen. Bei dem Polizeioberrat handelt es sich nach unseren Ermittlungen und denen der Pressestelle der Polizei um Polizeioberrat Miehm, dem von Demonstranten erklärt worden war, in der Hellerhofstraße befinde sich ein Mann mit einer Pistole, von einer Maschinenpistole war nie die Rede, diese Mitteilung gab der Polizeioffizier an Journalisten weiter. Er erklärt, niemals gegenüber der Nachrichtenagentur dpa eine Information gegeben zu haben, die diese Meldung rechtfertigen könne. Er habe nur von der Information aus der Menge gesprochen. Die Meldung der Nachrichtenagentur dpa, ein Demonstrant habe mit einer Maschinenpistole versucht, auf die Polizei zu schießen, der Schuß sei jedoch im Lauf stecken geblieben, wird von der Polizei dementiert. Dort ist ebenso wie bei den Demonstranten ein solcher Vorgang unbekannt.

Die Nachrichtenagentur dpa wurde vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Frankfurt mehrfach aufgefordert, ihre Falschmeldung zurückzunehmen. dpa lehnte dieses Ansinnen ab und gab vor, sie könne ihren Informanten nicht preisgeben. In Frankfurt gibt es nur drei Polizeioberräte, daher kann die Hartnäckigkeit der Nachrichtenagentur, ihren Informanten nicht zu benennen, nur als Schutzbehauptung zurückgewiesen werden.

Der AStA der Universität Frankfurt verurteilt auf das schärfste die Falschmeldung von dpa, sowie ihre Weigerung, eine Richtigstellung zu bringen. Wir fordern die Chefredaktion der Nachrichtenagentur und den deutschen Presserat auf, die für die Falschmeldung Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

AStA Frankfurt

Hamburg

In Sekunden stürzen sich ohne jede Vorwarnung massive Keile von schlagenden Polizisten den sitzenden Demonstranten in den Rücken. Gleichzeitig gehen die Ketten vor dem Präsidium zum Angriff über. Die Demonstranten sind umzingelt. In wilder Panik versuchen sie zu entkommen. Aber die Polizei ist schneller. Sie schlägt zu, erbarmungslos.

Immer wieder sehe ich, wie gezielt auf den Kopf geschlagen wird. Der Strom der rückflutenden Demonstranten erfaßt mich. Ich kann mich hinter das Geländer eines U-Bahnzugangs flüchten. Einige Studenten folgen. Die Polizisten verfolgen sie. Links und rechts sinken die Getroffenen zu Boden. Einige retten sich mit einem gefährlichen Sprung in den Treppenschacht. Ein großer Polizist will auf mich einschlagen. Beschwörend halte ich ihm meinen Presseausweis entgegen. So entgehe ich seiner sichtbaren Wut.

Nicht so ein taumelnder Demonstrant, ein Nachzügler, der sich mit blutüberströmten Händen den Kopf hält. Eine mächtige Platzwunde macht ihn zu einer erbarmungswürdigen Kreatur. Aber schon schlägt „mein" Polizist auf ihn ein, gibt ihn mit einem Stoß an seine Kollegen weiter. Sie prügeln den jungen Demonstranten von Mann zu Mann, wie einen Punchingball. Über einem Geländer bricht der Gepeinigte zusammen.

(Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, v. 21. 4. 1968. Herausgeber: Landesbischof Lilje)

Univ. - Bibl.
Frankfurt / Main

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

PETER NAACHER
FRANKFURT am MAIN · Steinweg 3 · Ruf 28 76 41
Universitätssortiment: Bockenheimer Landstraße 133
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium
Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

LUISE POLLINGER

Papier · Bürobedarf · Drucksachen
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen in Miete
– Mietkauf –

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Feinpapiere · Geschenke · Büro-, Zeichen- und Schulartikel

FRANKFURT AM MAIN, BOCKENHEIMER LANDSTRASSE 131 u. 133
Selbstbedienung Bockenheimer Landstr. 133 · Fernruf 77 55 89 · 77 63 77

Aufregende Fahrlehrer

FAHRSCHULE POHL
6 Frankfurt/M. · 1 Minute von der Uni
Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 77 91 40

Die Fahrschule der Studenten

Offener Brief an den Herrn Bundeskanzler der BRD, Dr. Kiesinger, 5300 Bonn, Bundeskanzleramt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Dr. Kiesinger!

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete am 27. 3. aus Tokio:

„In Seoul wird in der nächsten Woche die im Herbst suspendierte Kapitalhilfe der Bundesregierung von 70 Millionen Mark für den Bau eines Kraftwerks unterzeichnet, außerdem dürfte Bonn zwei Siemens-Krediten von 80 und 88 Millionen Mark, ebenfalls für Kraftwerke, zustimmen. Daneben laufen einige kleinere Projekte."

Die gleiche Zeitung berichtete am 28. März aus Seoul (AP):

„In der Berufungsverhandlung gegen 22 Südkoreaner, die im Dezember vergangenen Jahres wegen angeblicher Mitgliedschaft in einem von Ost-Berlin aus operierenden Spionagering zum Tode oder zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, hat der Staatsanwalt am Mittwoch vor dem Appellationsgericht in Seoul erneut die Todesstrafe für sechs Angeklagte, darunter den früher in West-Berlin ansässigen Komponisten I-Sang Yun, beantragt."

Diese beiden Nachrichten, die der Öffentlichkeit innerhalb 48 Stunden zugemutet wurden, dokumentieren das Desinteresse der Bundesregierung am Schicksal der aus der Bundesrepublik verschleppten südkoreanischen Dozenten, Studenten und Künstler. Sie bestätigen den Verdacht, der in der Öffentlichkeit immer wieder laut wurde, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, in dieser Sache ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, weil ihre Interessen und die der südkoreanischen Regierung identisch sind. Diese Nachrichten entlarven es als bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Bundesregierung in der aktuellen Stunde des Bundestages am 13. Dezember 1967 durch ihren außenpolitischen Sprecher verlauten ließ, „die Bundesregierung werde ferner ‚alle denkbaren Konsequenzen' als notwendig erachten. Sie werde die Souveränität verteidigen und für jene die Grundrechte wahren, die hier Gastrecht genießen." (zitiert nach FAZ vom 14. 12. 1967).

Wir stellen mit Erbitterung fest, daß die Bundesregierung offensichtlich bereit ist, Interessen der Großindustrie und politischem Kalkül den Vorrang zu geben vor der Aufgabe, das Leben und die Freiheit von Menschen und die rechtsstaatlichen Grundordnungen unseres Landes und der sogenannten Freien Welt zu schützen.

Wir stellen ferner fest, daß die Bundesregierung alle bisherigen Warnungen und Proteste von seiten der Öffentlichkeit mißachtet hat.

Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auf zu veranlassen,

daß in der noch verbleibenden Frist bis zur Verkündung der Urteile jede wirtschaftliche Unterstützung des Regimes in Südkorea suspendiert wird,

daß unverzüglich in Seoul für den Fall der Bestätigung der im Dezember verhängten Urteile der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und der Bundesrepublik definitiv angekündigt wird.

Wir erwarten, daß die Bundesregierung, entsprechend ihrer Ankündigung vom 13. Dezember 1967 „alle denkbaren Konsequenzen" vorsieht, um die Regierung in Südkorea zu veranlassen, den verschleppten Dozenten, Studenten und Künstlern die sofortige freie Rückkehr in die Bundesrepublik zu ermöglichen.

Evangelische Studentengemeinde
an der Universität Frankfurt

Frankfurt am Main, den 29. März 1968

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Kritik der Presseberichterstattung

Drei der vier in Frankfurt erscheinenden Tageszeitungen — die FAZ, die Frankfurter Neue Presse und die Abendpost/Nachtausgabe — werden in derselben Societäts-Druckerei hergestellt, die auch eine Teilauflage von „Bild" in Lohndruck übernommen hat.

Nach dem brutalen Einsatz der Frankfurter Polizei am Ostermontagabend gegen Demonstranten, die versuchten die Auslieferung der Bildzeitung aus der Societäts-Druckerei zu verhindern, konnte man gespannt sein, wie die Nicht-Springer-Presse am folgenden Tag berichten würde.

Über den Einsatz der Polizei berichtete die „Abendpost/Nachtausgabe" unter dem Titel „Frankfurt — Zentrum des Terrors".

„Gegen 19 Uhr kam es dann zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen. An der Galluswarte gingen die Polizisten, zu Pferde oder zu Fuß mit Gummiknüppel gegen die Demonstranten vor, die versucht hatten, die

upi 147 inland-protest
demonstrationen (frankfurt/laufend) 37/43
„frankfurt — bei den pruegel-szenen in frankfurt wurden wiederholt pressefotografen von polizisten aufgefordert, nicht (nicht) zu fotografieren. andere polizisten versuchten, einem fernseh-kameramann den scheinwerfer seiner kamera zu zerschlagen." (upi 147 her hr 2108 15. 4. 68)

rsten Zeitungswagen zu stoppen und dabei Zeitungsfahrer tätlich bedrohten. Die Menge warf mit Steinen nach den Wagen. Mehreren leer zurückkommenden Fahrzeugen wurde die Luft aus den Reifen gelassen. Von einem Bahndamm warfen die Demonstranten mit Farbbeuteln und Ätzkalkflaschen nach den Polizisten. Auch Tränengas wurde von der Menge geworfen."

Ähnlich reagierte die „Frankfurter Neue Presse":

„Gegen 19.30 Uhr kam es in der Günderrodestraße zu blutigen Auseinandersetzungen. Demonstranten bewarfen die Polizei mit Tränengaspatronen sowie Flaschen, die mit Farbe und Kalk gefüllt waren. Auf die berittenen Polizisten schleuderten sie große Gesteinsbrocken. Dabei wurden insgesamt etwa 25 Menschen verletzt, darunter zwei Feuerwehrleute."

und die FAZ schrieb, der Wahrheit etwas näher:

„Alle Aufforderungen der Polizei, die Straßen zu räumen, wurden mißachtet, so daß ein Wasserwerfer eingesetzt wurde. Als das nichts nützte, stürmte ein Zug junger Beamter mit Schlagstöcken in der Hand vor. Schnell waren die meisten Demonstranten aufgescheucht. Andere bleiben sitzen. Einer trat nach einem Polizisten, ein anderer klammerte sich um das Bein eines Beamten.

Die Polizei ging hart mit den Schlagstöcken vor, wie sie es zuvor angekündigt hatte."

Wie es in Wirklichkeit aussah läßt sich aus Berichten der Nachrichtenagentur „upi" rekonstruieren, die freilich von keiner Frankfurter Zeitung zur Kenntnis genommen wurden.

„Frankfurt — gegen 19.00 Uhr sprengte berittene Polizei den Ring der Demonstranten einer Zufahrtsstraße (Galluswarte). Die ersten Zeitungsfahrzeuge verließen das abgesperrte Gelände. Zunächst war nicht zu erfahren, ob mit den Autos Springer-Zeitungen ausgeliefert wurden.

Augenzeugen zufolge kam es dabei zu unvorstellbaren Prügel-Szenen. Kameraleute filmten etwa, wie mehrere Polizeibeamten minutenlang auf einen Demonstranten mit Gummiknüppel einhieben, der den Anschluß an die Zurückweichenden verloren hatte. Mit Pferden und Gummiknüppeln gingen die Polizisten immer wieder gegen Demonstranten vor, als längst der Weg für die Fahrzeuge frei war. Teile der Polizei waren mit Gasmasken ausgerüstet. Im Hintergrund standen Beamte mit Hunden bereit. Von einzelnen Polizeibeamten wurde das Vorgehen verschiedener Kollegen selbst als sinnlos scharf verurteilt. Verletzte, die durch die Polizeiabsperrung zu den Sanitätswagen gebracht werden sollten, wurden von der Polizei als „Schau" bezeichnet. Zuschauer, die teilweise zugunsten der Demonstranten eingreifen wollten, wurden mit dem Hinweis zurückgewiesen, sie sollten wegsehen." (upi 128 her hr 1947 15. 4. 68).

Die Legende von dem Jungen mit der Maschinenpistole brachten die Zeitungen prompt: *FNP: „Ein Demonstrant griff zur Pistole. Die Waffe versagte jedoch. Der unermüdliche Einsatz der Polizei verhinderte eine Ausdehnung der Zwischenfälle."*

Ähnlich die FAZ.

FAZ: Nach unbestätigten Berichten soll ein mit einer Maschinenpistole bewaffneter jugendlicher Demonstrant sogar versucht haben, auf eine Gruppe von Polizisten zu schießen. Die Waffe soll jedoch versagt haben, die Kugel im Lauf steckengeblieben sein.")

Dies, obwohl bei Redaktionsschluß die upi-Meldung 37/47 vorliegen mußte:

„Frankfurt — beträchtliche Aufregung verursachte am Abend in Frankfurt ein Gerücht, Demonstranten seien mit Schußwaffen, darunter auch mit einer Maschinenpistole ausgerüstet. Ein Polizeisprecher teilte mit, ein anonymer Anrufer habe dies gegenüber der Polizei erklärt, das Gerücht habe sich jedoch nicht bestätigt. Trotzdem habe das Präsidium die Beamten über Sprechfunk auf den Anruf aufmerksam gemacht und aufgefordert, wachsam zu sein."
(upi mes II 2132 15. 4. 68)

Offenbar sollte die Verbreitung dieser Meldung über Sprechfunk auch dazu beitragen, die Polizisten in die entsprechende Stimmung zu versetzen. Ebenso scheuten sich die Zeitungen nicht, an bevorzugter Stelle die Version von Oberbürgermeister Brundert und Polizeipräsident Littmann zu bringen, nach der:

(FNP) "die Polizei sich am Ostermontagabend korrekt verhielt und erst zu Gegenmaßnahmen griff, als die Demonstranten den Bahndamm an der Camberger Brücke besetzten, riesige Steine auf die Schienen wälzten und damit durch Transportgefährdung Menschenleben in Gefahr brachten.

Man könne es der Polizei auch nicht verdenken, wenn sie gegen die mit Steinen, Latten, Plastikbehältern und Brettern vorgehenden Demonstranten auf Grund ihrer Verantwortung handelte."

Dem widersprechen alle bekannt gewordenen Augenzeugenberichte, nach denen die ersten Steine erst flogen, als die Demonstranten auf der Flucht vor knüppelnden Polizisten auf den Bahndamm gedrängt worden waren. Daß die Polizei sich nicht scheute, die Presseberichterstattung zu manipulieren, geht auch aus den folgenden beiden upi Meldungen hervor.

„frankfurt — bei ihren Aktionen drängte die Polizei die Demonstranten mit Wasserwerfern und Schlagstöcken in Richtung Westen (400 Meter über die Galluswarte hinaus, in sämtliche Nebenstraßen). Dabei wurden Journalisten, die hinter den Polizeiketten hergingen, von Polizisten unter die Demonstranten gestoßen, obwohl sie ihre Presseausweise mehrmals vorzeigten. Aktiv beteiligte sich dabei Polizeikommissar Noll. Beamte einer Polizeigruppe unter Leitung von Oberkommissar Marquardt verhinderten das Durchkommen von Rotkreuzhelfern. Sie waren nicht bereit, ihren Namen zu sagen, obwohl sie von ihrem Chef dazu aufgefordert worden waren. Oberkommissar Marquardt bemerkte dazu lediglich, es genüge, wenn er die Namen kenne."
(upi 145 mes II 2103 15. 4. 68).

Insgesamt läßt sich sagen, daß der größte Teil der Berichte über den Polizeieinsatz gegen die Demonstranten, eine grobe Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht darstellt. Eine unkritische Übernahme der Polizeiberichte und die Rücksicht auf die Geschäftsinteressen des betroffenen Verlegers, haben eine korrekte Berichterstattung verhindert.

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Dr. H. Bergmann

Frankfurt am Main

Goethestraße 1 (Ecke Goetheplatz)

Telefon 28 36 33, 28 52 64

Gegründet 1891

Die Fachbuchhandlung
für den Studenten und Wissenschaftler
im Zentrum der Stadt

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Aus dem Diskus-Dossier*

Zeugenaussagen zu Vorfällen im Raum Gallus-Warte

G 68:
(19.30 Uhr bis später / Ecke Mainzer Landstraße — Günderrode Straße / Festnahme wegen des Versuches, eine Prügelszene zu fotografieren / Beschlagnahme der Kamera)
Nach der ersten schweren Angriffswelle der Polizei im Gebiet der Galluswarte, war es mir gelungen hinter der Polizeikette und den Reitertrupps zu bleiben und zu fotografieren. An der Ecke Mainzer Landstraße — Günderrode Straße bemerkte ich einige Polizisten, die auf einen am Boden liegenden einschlugen; ich lief dorthin und versuchte, zu fotografieren. Zwei Polizisten kamen auf mich zu, fragten was ich machte, forderten meinen Presseausweis. Ich bat sie, mit mir zu meinem Wagen am Galluswartenanfang der Hufnagelstraße zu kommen, wo ich den Presseausweis meiner Studentenzeitung hatte. Sie weigerten sich, nahmen mich in den Polizeigriff (drehten mir die Arme nach hinten) und führten mich ab. Ein dritter Polizist kam auf uns zu, sagte, daß er mich wiedererkenne; ich hätte an der Stacheldrahtsperre ganz am Anfang der Demonstration schon „gestänkert". Er legte auch noch Hand an bei meinem Abtransport, ging hinter uns und schob und stieß mich dreimal heftig mit der Spitze seines Gummiknüppels in den Rücken.
Ich wurde in einen Raum der Societätsdruckerei gebracht, dort hin- und hergestoßen und auf einen Stuhl gedrückt, jemand schlug mir die Mütze vom Kopf, auf meinen Protest hin wurde ich hochgerissen und mit dem Gesicht zur Wand gestellt und leibesvisitiert. Meine Beine waren nicht gegrätscht genug, so riß sie mir ein junger Polizist auseinander, daß ich das Gleichgewicht verlor und gegen die Wand fiel. Ich wurde dann zur Person befragt, interessant war: ein Polizist, der mich verhaftet hatte erhielt nach seiner Aussage ein Stück Bildzeitung mit einem Kugelschreiber hingeschoben, um seinen Namen nicht laut vor mir angeben zu müssen, er nannte ihn dann aber doch (Name im Original angegeben). Dann wurde ich in einen Transportwagen gebracht, in dem schon vier Häftlinge saßen. Die Luft in dem Wagen war zum Erbrechen schlecht, wir warteten ca. 20 Minuten und wurden dann nach Höchst gebracht. Drei von den 5 Insassen des Wagens waren verletzt, einer hatte ein völlig verschlossenes linkes Auge und eine aufgeplatzte Unterlippe, ein weiterer klagte über Kopfschmerzen und Übelkeit und gab an, über den Kopf geschlagen worden zu sein. Als wir auf der Polizeistelle in Höchst waren, verlangte ich danach, ihn und die anderen Verletzten ärztlich zu untersuchen. Ein Beamter, an den ich mich gewandt hatte, ging zu einem offenbar Vorgesetzten, der lehnte offenbar die Untersuchung ab; erst nach unseren Protesten und Verweis auf die kürzlich in Haft und U-Haft Gestorbenen wurden die Verletzten untersucht. Dann wurde ich wieder zur Person befragt, machte meine Aussage über die Verhaftung, mir wurden Kamera und Filme und Gürtel abgenommen und ich mit einem Frankfurter Kommilitonen in eine Zelle gebracht, wo wir bis gegen 1 Uhr morgens blieben, also offensichtlich bis die Demonstration zerschlagen war; bei meiner Entlassung wurden mir die Kamera und die Filme nicht zurückgegeben, man wollte prüfen ob mir die Kamera überhaupt gehört, und die Filme entwickeln. Heute habe ich mir die Kamera aus Frankfurt vom 18. Kommissariat wieder abgeholt. Die Filme waren nicht entwickelt, eine Begründung für die Sicherstellung wurde mir heute nicht gegeben, ein Beamter sagte mir, daß die ganze Sache wohl aus Unsicherheit passiert wäre. Ich bin bereit, diese Aussagen vor Gericht zu beeiden.

G 69:
(ca. 19.00 Uhr / Galluswarte — Nähe Bahnüberführung / Angriffe berittener Polizei an der Galluswarte / Schläge nach der Festnahme, Verweigerung der ärztlichen Behandlung; Beschlagnahme des Fotoapparates.)
Ich zog mit einer Gruppe von etwa 200 Leuten von der ersten Absperrung von der Mainzer Landstraße auf Umwegen zur Galluswarte. Wir kamen etwa gegen 19.00 Uhr am Bahndamm entlang dort an, sahen bereits etwa 20 berittene Polizisten unter der Unterführung stehen. Sie ritten in mehreren Angriffen die fliehenden Demonstranten nieder, trieben die wenigen zurückgebliebenen, darunter viele Mädchen, mit ihren Pferden an die Wand und schlugen auf sie ein. Es gab nirgends Widerstand, keine Wurfgeschosse. Ich blieb am Straßenrand sitzen, um die ärgsten Schläger zu fotografieren. Dabei bekam ich bereits einige Schläge auf den Kopf. Nach zwei oder drei Attacken fielen etwa fünf Polizisten über mich her — zu Fuß —, und schlugen auf mich ein, rissen die Brille vom Kopf und zertraten sie absichtlich. Schon vorher hatte mir ein Polizist den Fotoapparat vom Tragriemen abgerissen. Stark blutend wurde ich zum nächsten Polizeiwagen gezerrt, wo ich mehrmal darum bat, ins Krankenhaus gebracht zu werden. Man nahm lediglich meine Personalien auf und brachte mich nach einer halben Stunde ins Polizeirevier 16. Dort stellte man mich mit dem Gesicht zur Wand, und schlug mir, als ich erklärte, kein Verbrecher zu sein, den Kopf an die Wand und durchsuchte mich nach Waffen. Danach sperrte man mich in Einzelhaft; wieder wurde mir ärztliche Hilfe verweigert, obwohl ich rasende Kopfschmerzen und starke Übelkeit hatte und darauf hinwies, daß ich wegen einer Schädelverletzung bereits ein halbes Jahr gelegen hatte. Nachdem ich einige Zeit um Hilfe gerufen hatte, blieb ich betäubt an der Tür liegen. Später zerrte man mich heraus und brüllte mich an, gerade zu stehen und kein Theater zu spielen, obwohl meine Verletzungen offenkundig waren. Anschließend wurde ich ins Revier 17 gebracht, wo ich von Kriminalbeamten verhört wurde. Es wurde mir untersagt, Notizen zu machen. Nach der Befragung zur Person sollte ich mich zu der Beschuldigung: Widerstand gegen die Staatsgewalt äußern. Da meine Frage nach konkreten Einzelheiten nicht beantwortet wurde, wollte ich zu Protokoll geben, daß ich keinerlei Widerstand geleistet hätte. Dies lehnte der vernehmende Beamte ab mit der Begründung, 5 erfahrene Polizisten hätten es schon als Zeugen bestätigt, da könne ich gar nichts machen. Daraufhin lehnte ich jede weitere Aussage ab, da mir klar war, daß nur solche Aussagen ins Protokoll aufgenommen werden sollten, die mich eventuell belasteten. Während des ganzen Verhörs wurde ich trotz meines offensichtlich elenden Befindens mehrmals durch beide Beamte durch nicht zur Sache gehörende Bemerkungen herausgefordert und dann zusammengebrüllt. Mein Wunsch, ins Krankenhaus gebracht zu werden, wurde wieder nicht zur Kenntnis genommen. Statt dessen wurde ich wieder in Einzelhaft gebracht. Erst gegen 23 Uhr wurde ich ins Krankenhaus Höchst gebracht, wo mehrere andere Demonstranten behandelt wurden. Ich wurde untersucht, geröntgt und dann stationär behandelt. Diagnose lautete: Gehirnerschütterung, Gesichts- und Schädelprellungen. Am nächsten Morgen gegen 8 Uhr wurde ich auf eigene Verantwortung entlassen, da ich mich aus finanziellen Gründen zu Hause ins Bett legen wollte. Von zwei, vorher verständigten Polizisten wurde ich wieder ins Revier 17 gebracht, um, wie man mir erklärte, dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Man ließ mich aber bis 10 Uhr auf der Wache sitzen, um mir dann plötzlich zu erklären, ich sei entlassen und könne gehen. Meinem Wunsch, mir den Fotoapparat mit Film zurückzugeben wurde nicht entsprochen. Ich bin bereit, meine Aussage zu beeiden.

Geht doch nach Rußland Ihr Kommunistenschweine. Wir können Steuern bezahlen, damit Ihr studieren könnt und ihr benehmt euch wie der letzte Pöbel.
8 Stenotypistinnen eines Großbetriebes.

G 77
Am Ostermontagnacht fuhr ich mit meinem Wagen aus dem Taunus kommend über Höchst zur Galluswarte um über die Mainzer Landstraße zur Eschersheimer Landstraße und zum Frankfurter-Anlagen-Ring zu kommen.
An der Galluswarte wurde ich mit meinem Auto von der Polizei gehindert — die mir keine Erklärung abgab warum ich die Straße nicht benützen könnte und mir auch keine Umleitung anwies — die Mainzer Landstraße zu benutzen.
Ich stellte darauf meinen Wagen ab. Ich begab mich mit meiner Begleiterin etwa 100 m weiter auf dem Bürgersteig (linke Seite in Richtung Ffm.) um die dort abgestellten Polizisten zu fragen, warum man nicht passieren könne.
Auf dem Bürgersteig standen viele Bürger. Die Polizei empfing gerade Proviant, Cola und Würstchen. Und diese relativ schwer zu deutende Szene des sehr starken Polizeiaufgebotes und friedlich sprechender Bürger bei einem strikten Passageverbot ließ mich noch einmal fragen, weshalb man nicht die Straße zur Durchfahrt benützen könne oder welche Umleitungen bestünden. Ich sei ein freier Bürger und habe Recht auf Aufklärung.
Danach richteten sich die teilweise mit der Rückenseite zu mir gewandten Beamten auf, drehten sich um, schubsten mich weg und prügelten sogleich mit Gummiknüppeln brutal auf mich und meine Begleiterin ein. Eine Vorwarnung für dieses brutale Ausschreiten wurde nicht gegeben. Dienstnummern und Autonummern konnte ich nicht in Erfahrung bringen.
Außer meiner Begleiterin und mir wurde neben mir links ebenfalls eine Frau ohne ersichtlichen Grund von mindestens 4—5 Polizisten zusammengeprügelt, auch weiter noch als sie schon sich krümmend auf dem Bürgersteig lag.
Bei diesem brutalen Vorgehen war ich sehr an die Vorkommnisse in der Kristallnacht und danach 1937 erinnert, wo in meiner Heimatstadt ebenfalls wehrlose „freie" Judenbürger von amtierenden Polizisten auf der Straße zusammengeprügelt wurden. —
Auf meine dringende Aufforderung wegen der stark blutenden Verletzten die Rettungswache zu benachrichtigen reagierte man nicht. Ich wartete mit meiner inzwischen ohnmächtig gewordenen Begleitung 20 Minuten bis zufällig ein Rettungswagen vorbeikam, der nicht, wie der Wagenführer bestätigte auf Geheiß der Polizei, sondern zufällig die Mainzer Landstraße befuhr.
Das alles geschah in der Nacht von Ostermontag zu Dienstag zwischen 12.00 und 0.40 Uhr. —

* Weitere Zeugen und Besitzer von Fotos bitte im AStA melden.

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

NACHRICHTEN

Deutschlandpolitik

Der Club ausländischer und deutscher Studenten wird in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Collegium Politicum eine Veranstaltung mit Herrn Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz, Bundeskuratorium Unteilbares Deutschland, Bonn, durchführen.
Thema: Deutschlandpolitik und Reformvorschläge. Als Datum ist der 8. Mai 1968, 20 Uhr c. t. vorgesehen.

studiogalerie

Die studiogalerie der Studentenschaft eröffnet am 20. Mai 1968 um 20 Uhr wieder im Studentenhaus eine Ausstellung von Kunst der Gegenwart. Nach den „konstruktiven tendenzen aus der tschechoslowakei" wird bis zum 15. Juli „systematische kunst" von Heijo Hangen (Malerei) und Eberhard Fiebig (Plastik) zu sehen sein.

Vollversammlung der juristischen Fachschaft

Am Donnerstag, dem 2. Mai 1968, um 14.00 s. t. findet im Hörsaal VI die 1. ordentliche Fachschaftsvollversammlung im SS 1968 statt. Dazu sind alle Mitglieder der Juristischen Fachschaft, d. h. alle an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät eingeschriebenen Studenten, herzlich eingeladen.
In dieser Vollversammlung wird auch die neue Fachschaftsvertretung gewählt werden. Eine Kandidatenliste zur Wahl der neuen Fachschaftsvertretung liegt ab 24. April 1968 in den Räumen des AStA aus.
Beim Parlamentspräsidenten ist ab sofort die derzeit gültige Fachschaftsordnung einzusehen.
Vorläufige Tagesordnung der Fachschaftsvollversammlung:

1. Eröffnung
2. Feststellung der Beschlußfähigkeit
3. Genehmigung und Änderung der Tagesordnung
4. Bericht der Fachschaftsvertretung
5. Anfragen von Mitgliedern; Anträge
6. Wahl der Fachschaftsvertreter
7. Änderung der Fachschaftsordnung
8. Verschiedenes

Gerhard Raiß, Fachschaftssprecher

Neue Musik in Israel

Am Donnerstag um 20 Uhr im Studentenhaus, Jügelstraße 1, veranstaltet das Kulturreferat des AStA einen Vortrag mit Tonbandaufnahmen über die Entwicklung in der Neuen Musik in Israel von Kantor Chaim Storosum. (25. 4.)

Wehrberatung

In diesem Semester findet jeweils Mittwoch zwischen 15 und 16 Uhr im AStA (Studentenhaus) statt.

Geheimdienste

Am Montag, dem 29. April 1968 veranstaltet der AStA eine Podiumsdiskussion über die Arbeit der ausländischen Geheimdienste in der Bundesrepublik und die Entführung der Koreaner. An der Diskussion werden teilnehmen: Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Professor Grünwald und Hans Matthöfer (SPD-MdB), Diskussionsleitung Hans Jürgen Birkholz. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr s. t. in Hörsaal VI.

Presseerklärung

Betrifft: Übergriff der Frankfurter Polizei auf dem Universitätsgelände

Am Donnerstag, dem 18. April, um 15.25 Uhr übermalten zwei Maler der Stadtreinigung einige Aufschriften auf dem Zebrastreifen an der Bockenheimer Warte gegenüber dem Studentenheim. Dort soll nach Auskunft der Polizei gestanden haben „BILD lügt". Anschließend wurde auf Anweisung des die beiden Maler begleitenden Polizisten ein Plakat an der Umfassungsmauer des Studentenheims ebenfalls übermalt. Der Geschäftsführer des Studentenhauses Grawe erklärt, er habe keine Anweisung an die Polizei gegeben. Das 13. Polizeirevier wurde vom Allgemeinen Studentenausschuß um eine Stellungnahme gebeten. Die Antwort war, die Malaktion der Polizei sei ein Irrtum gewesen. Die Polizei versuchte daraufhin Herrn Grawe zu überzeugen, ihre Aktion nachträglich zu billigen. Herr Grawe lehnte dieses Ansinnen ab und verbat sich das unaufgeforderte unrechtmäßige Eingreifen der Polizei. Der Allgemeine Studentenausschuß sieht in dem nicht zu rechtfertigenden Übergriff der Polizei ein bedenkliches Anzeichen für die zunehmende selbstherrliche Handlungsweise der Polizei. Wir verlangen eine vollständige Aufklärung des Vorgangs und daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

AStA

Der AStA sucht einen

Hochschulreferenten

Fachschaftsreferenten

Aufwandsentschädigung 100 DM
Anfragen im AStA Telefon 77 75 75

Fachschaft Anglistik

Seit dem Ende des Wintersemesters hat sich am Englischen Seminar und Amerika-Institut eine Fachschaft Anglistik konstituiert. Die in einer Fachschaftsvollversammlung angenommene Satzung wurde in einer Urabstimmung mit 220 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen gebilligt. Auf der gleichen Vollversammlung wurde die Fachschaftsvertretung gewählt, die sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzt, sie wählte Barbara Schmidt zum Sprecher und Fritz Neubauer zum Stellvertretenden Sprecher.

Der Geschäftsführende Direktor des Englischen Seminars hat die Fachschaft eingeladen, Studentenvertreter in die Sitzungen des Institutsrates zu entsenden, in denen z. B. über das Programm des nächsten Semesters und die neue Zwischenprüfungsordnung beraten wird.

Fritz Neubauer

nsta information

Erscheint monatlich während des Semesters in 7000 Exemplaren

Herausgeber: Das Parlamentspräsidium

Redaktion und verantwortlich: Jochen Noll

Anschrift der Redaktion: Frankfurt am Main, Jügelstraße 1, Telefon 77 75 75

Anzeigen: Werner Dömming

Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar

Druck: H. G. Gachet & Co., Langen

Kennen Sie das

NORGE - Zentrum?

Nur 2 Minuten von unseren Hörsaalgebäuden entfernt

Ecke Gräf- / Robert-Mayer-Straße

die Selbstbedienungs-Reinigung und -Wäscherei

PREISWERT UND GUT

Anzug	DM 4,—
leichter Mantel	DM 3,90
Wintermantel	DM 4,40
Hose oder Rock	DM 1,60
Sakko	DM 2,40
Kleid	DM 2,20
Kostüm	DM 4,—
Bluse	DM 1,—
Pulli	DM 1,30
Pulli ohne Arm	DM 0,90
Sportpullover	DM 2,—
Kissenplatte	DM 0,70

Morgens gebracht — Abends abgeholt!

Der Mediziner

kauft seine Bücher und Zeitschriften bei

Johannes Alt seit 1868

Buchhandlung und Antiquariat für Medizin

6 Frankfurt S 10, Gartenstr. 134
Nähe Universitätskliniken
Tel. (Ffm 06 11) 61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer

Haben Sie schon die Vorteile einer Fachbuchhandlung erkannt?

Der Naturwissenschaftler kauft seine Bücher bei

Harri Deutsch

Frankfurt a. M., Gräfstraße 47
Telefon: 77 73 38 und 70 24 67

Meine Gebiete: Chemie
Physik
Mathematik
Mineralogie
Geologie
Botanik
Zoologie
Pharmazie
Vorklinische Medizin

Sie finden in meiner Buchhandlung eine reiche Auswahl auch englischsprachiger und mitteldeutscher Fachliteratur.
Literaturberatung

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Inhalt: Diskus 3

Eckart Osborg / Rainer Roth
Wer herrscht über Legalität? 1

Hermann Lohaus
Ralf Dampf in allen Spalten 2

Gisela Mandel
Viva la Revolution Cubana! 3

Störungen, Störungen
Autonome Gewerkschaft 4

Antonia Grunenberg
Parlamentskritik am Beispiel der Bundestagswahl 1969
M. H. Wolf
Politisiertes Selbstverständnis des VDS 5

Bücherreport
Hubert Rottleuthner
Recht — Moral — Politik
Theo Schiller
Rechtssoziologie heute
Eckart Osborg
Legal weil opportun 6

Ute Daub
Panoptikum der Meinungen
H. Grünberger
Kaleidoskop der Opposition
E. Grünewald
Statistische Schützenhilfe 7

Die Reaktion sammelt ihre Kräfte:
E. Grünewald
Der parlamentarische show down 8

Gegen die rote Gefahr
D. Claussen
Wie der Senat die Massen mobilisierte
Bettina vom Rath
Rudolf Sinz
Springers „Wort zum Sonntag" — ein Berliner Modell 9

W. Münzinger
Die Waldgeschichte des Vogelsbergs
Vorlesungsnotstand 10

Flugblatt
Germanistik eine allzudeutsche Wissenschaft
Nationalismus und Utopie rückwärts 11

Sieg des Positivismus— Sieg der Affirmation
Lebensphilosophischer Irrationalismus
Vom Faschismus erwartet und enttäuscht 12

Existenzialismus und Agnostizismus
Geisteswissenschaft und Literatur 13

Wider das Selbstverständliche 14

Ho Chi Minh
Ossip Mandelstam
Oh yes, we had one other revolution
David Wittenberg
Viet Nam Diskurs 15

Günther Frank
Es geht nicht um Brecht
Plakate und fünfzig Jahre
Biografisches von El Lissitzky
Über eine Grafik von Raimund Girke 16

Josef Albers
Die permanente Krise 17

Grafik von Raimund Girke 18

Erkundigt euch im AStA nach dem Verkauf eines neuen Extra-Diskus zur Notstands-demonstration in Bonn!

Nebenstehenden Aufruf unterzeichneten:

E. Knapp (Betriebsratsvors. der Fa. Mannesmann, Duisburg)
A. Reisch (Betriebsrat der Fa. Mannesmann, Duisburg)
Karl Stiffel (Betriebsratsvorsitzender, Moers)
Hermann Hagen (Betriebsratsvorsitzender, Neuss)
Josef Höning (1. Bevollm. der IG Metall, Rheinhausen)
Erika Kraut-Bromm (Bezirkssekretärin der IG Chemie, Hagen)
Gerd Seelbach (Vors. d. Kuratoriums Notstand der Demokratie, Wuppertal-Barmen)
Wilfried Pankow (Betriebsratsvorsitzender, Wesel)
Wilhelm Ruthe (Werkmeister der Hüttenwerke Rheinhausen)
Bernhard Berger (Geschäftsführer der Gew. Holz, Essen)
Jörg Theis (DGB-Jugendsachbearbeiter, Hamm)
Karl-Heinz Doludda (Gewerkschaftssekretär, Köln)
Rainer Tandien (Betriebsratsvorsitzender, Düsseldorf)
Karl Merz (Sekretär der IG Metall, Münster)
Willi Christoffer (1. Bevollm. der IG Metall, Münster)
Gerhard Limpert (Geschäftsführer der Gew. Holz, Münster)
Hans van Bebber (Betriebsratsvorsitzender der Waggonfabrik Uerdingen)
Albert Pfeiffer (Betriebsratsvorsitzender der Westfalenhütte, Dortmund)
Walter Köster (Geschäftsführer der Gew. Holz, Wuppertal)
Erwin Muhs (Betriebsratsvorsitzender, Herne)
Werner Schoumakers (Betriebsrat, Hattingen)
Heinz Lukrawka (Betriebsratsvors. der Meidericher Eisenwerke)
K.-H. Völker (1. Bevollm. der IG Metall, Essen)
Dieter Kretschmer (Bezirksjugendsekretär der IG Chemie, Düsseldorf)
Waldemar Loch (Vors. d. Vertrauensleuteleitung F. F. Bayer, Leverkusen)
Wolfgang Hallmann (stellv. Vors. des U.B. Bielefeld-Halle der Jungsozialisten)
Anton Wingenbach (Geschäftsführer der IG Chemie, Köln)
(Die Angaben in Klammern dienen nur der persönlichen Information; sie besagen nicht, daß in dieser Eigenschaft unterzeichnet wurde.)

Orwo Color-Diafilm
mit Entwicklung
9,90 DM

FOTO-HEIN
6 Frankfurt/Main · Adalbertstraße 1a · 2 Minuten von der Uni

Für Menschen mit eigener Meinung

Vorzugspreis für Studierende
monatlich DM 3,15 als Abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei Postzustellung
monatlich DM 3,80 durch Träger
Abholstellen: Bücher und Kollegbedarf Carl Siol, Frankfurt, Jordanstr. 11 und Merkur-Zeitschriftenkiosk an der Bockenheimer Warte
Dort sowie im Geschäftszimmer des AStA der Universität Frankfurt erhalten Sie auch Gutscheine für eine 6-Tage-Probelieferung
Frankfurter Rundschau, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3685

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre solidarisieren sich mit der demokratischen Studenten- und Schülerbewegung

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen!

Die Hochschulen in unserem Land sind ein Feudalsystem. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte. Der Staat will die Hochschulen reformieren, aber die angebliche „Reform" zielt nur darauf ab, die Hochschulen als Instrument der Herrschaft noch leistungsfähiger zu machen.
Gegen diese Zustände tritt die demokratische Bewegung der Studenten auf.
Die Schulen in unserem Land sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen.
Gegen diese Zustände tritt die demokratische Bewegung unter den Schülern auf.
Die Wirtschaftspolitik der Regierung fördert die „Vermögensbildung in Unternehmerhand" — auf Kosten der Majorität der Bevölkerung. Der Abbau sozialer Leistungen trifft auch die Schüler, die Lehrlinge und die Jungarbeiter.
Gegen diese Politik, so etwa gegen die Heraufsetzung der öffentlichen Verkehrstarife, richtet sich der Protest junger Leute.
Diese demokratische Bewegung unter den Studenten und Schülern vertritt eine Sache, die auch unsere Sache ist. In den Betrieben, in Lohn- und Arbeitskämpfen stoßen wir als Arbeiter auf denselben Gegner, nämlich auf den Macht- und Profitanspruch einer kleinen Schicht und auf den Geltungsanspruch autoritärer Besitz- und Befehlsverhältnisse in der Wirtschaft.
Schärfer noch als die Studenten und Schüler haben wir uns mit dem Versuch auseinanderzusetzen, die sozialen Lasten einer falschen Politik auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Unser Ziel ist die demokratische Kontrolle der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik.
Wir sind dafür, aus der Solidarität der Interessen eine Solidarität in der politischen und sozialen Bewegung von Studenten, Schülern und Arbeitern zu machen. Wir sagen ganz offen: Es wäre schlecht für unsere gemeinsame Sache, wenn der berechtigte Protest von Studenten und Schülern sich von der allgemeinen demokratischen Opposition isoliert hielte und in der Öffentlichkeit als bloße Generationsrevolte oder als jugendliche Lust an der Provokation mißverstanden würde. Gerade deshalb darf die politische Auseinandersetzung nicht bei der Kritik an Symptomen der gegenwärtigen Politik stehen bleiben. Es ist kein Zufall, daß die Verkehrstarife hochgeschraubt und daß zugleich die Preise, die Steuern für den Verbraucher, die Mieten usw. hochgetrieben und unsere Löhne gedrückt werden. Es ist kein Zufall, daß der Staat den Schulen und Hochschulen die notwendige Finanzausstattung verweigert und daß er zugleich die nötigen Mittel für wirtschaftliche Strukturverbesserungen, für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Hebung der Kaufkraft usw. nicht aufbringt.
Wir sehen die Ursache für dieses Versagen in folgendem:
Eine Schicht, die unser Land schon zweimal in diesem Jahrhundert in den Bankrott geführt hat, gibt immer noch den politischen Ton an. Das Macht- und Profitinteresse dieser Schicht realisiert sich in erster Linie in der Rüstungs- und Notstandspolitik. Weitere Aufrüstung, Notstandsmanipulierung der Bevölkerung und die Demonstration militärischer Macht sollen dann unter günstigen internationalen Umständen dazu dienen, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren — zugunsten der westdeutschen Konzerne.
Deshalb die ständige Steigerung des Rüstungsetats. Deshalb das Beharren auf atomaren Trägerwaffen und der Drang nach weiterer Beteiligung an atomaren Waffensystemen. Und deshalb der Versuch, durch Notstandsgesetze den Widerstand der demokratischen Gegenkräfte zu lähmen.
Wir müssen jede aktuelle Äußerung dieser Politik bekämpfen. Aber wir sollten dabei immer den politischen Kern der Sache offenlegen. Und wir wollen und können die Majorität unserer Mitbürger, vor allem die Arbeiterschaft, für den Kampf gegen die Rüstungs- und Notstandspolitik und ihre Urheber gewinnen.
Wir sehen in den kommenden Monaten zwei Möglichkeiten, um die Träger der vielfältigen oppositionellen Aktionen als gemeinsame Kraft sichtbar zu machen und dabei auch die zahlenmäßige Stärke der demokratischen Opposition zu demonstrieren.

beim Ostermarsch '68
beim Sternmarsch auf Bonn, sofern sich der Bundestag entgegen allen Protesten doch zur zweiten Lesung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze entschließen sollte.

Beim Ostermarsch und dem später folgenden Sternmarsch auf Bonn, die jetzt durch Aktionen vorbereitet werden müssen, werden wir

für sozialen Fortschritt — gegen den Rüstungsstaat
für Demokratie — gegen die Notstandsgesetze

demonstrieren.

Der Ostermarsch wird zugleich gegen den Krieg der USA in Vietnam auftreten. Hier wird der gesamte Zusammenhang jener Politik kenntlich gemacht, die wir angreifen.

Lassen Sie uns diese Aktionen gemeinsam mittragen — Studenten, Schüler und Arbeiter.

Dortmund, den 9. Februar 1968

Kursbuch 12 1968

Der nicht erklärte Notstand

Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers von Peter Damerow, Peter Furth, Odo v. Greiff, Maria Jordan und Eberhard Schulz

Polizei I:
An der Bürgerkriegsfront,
»Die permanente Notwehr«

Politik an der
Freien Universität

Polizei und
demonstrierende Minderheit.
Zur Vorgeschichte
des 2. Juni

Rekonstruktion
einer Räumung

Polizei II:
Projektion und Provokation

Polizei III:
Konforme Kriminalität

Volkes Stimme

Justiz

Nachbemerkung

Suhrkamp

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Aus den Parlamentsprotokollen

10. Ordentliche Sitzung (WS)

Antrag 10/1

Das Studentenparlament beauftragt seine Vertreter in der Stiftung Studentenhaus, dort dafür einzutreten, daß die Tutoren in den Studentenwohnheimen in Zukunft von Studenten gewählt und auch jederzeit abgewählt werden können. Die grundsätzliche Frage, ob Tutoren weiterhin bestellt werden oder möglicherweise neue Funktionen erhalten sollten, hängt mit dem gesamten Komplex der Ordnung in den Studentenwohnheimen zusammen und sollte in diesem Zusammenhang zu Beginn des Sommersemesters vom Studentenparlament grundsätzlich geregelt werden.
gez. Hartmann (LSD)
einstimmig angenommen

Antrag 10/2

D.P.m.b. Das Parlament beschließt auf seiner 10. o. Sitzung, Studenten in den Senat, die Senatsausschüsse und in die Fakultäten zu entsenden.
Begründung — Nachdem der studentische Vorschlag für eine Universitätssatzung vorliegt, gilt es, die Diskussion über unseren Satzungsvorschlag in den akademischen Gre-n in Gang zu bringen.
gez. Birkholz (DB, AStA), Raiß (jur), Astheimer (DB)
nach Diskussion zurückgezogen

Antrag 10/3

AStA und Studentenparlament fordern Rektor Rüegg auf, sofort die rechtswidrige Suspendierung des SDS als zugelassene studentische Vereinigung an der Universität aufzuheben.
gez. Birkholz (DB, AStA), Döbel (wiso, AStA), Möllenstedt (DB), Astheimer (DB), Grösch (AfE), Meyer (LdM)
nach Diskussion zurückgezogen

Antrag 10/4

D.P.m.b. — Das Studentenparlament beauftragt die Vertreter bei der 20. o. MV des VDS, nachdrücklich darauf zu dringen, daß alle Bestrebungen, den FV das politische Mandat abzusprechen, unterbunden werden.
gez. Zehnder (nat), Wolf (AFS) (Präsidium)
einstimmig angenommen

Antrag 10/5

as Parlament legt Rechtsaufsichtsbeschwer-de beim Kultusminister gegen die anhaltende Suspendierung des SDS ein.
gez. Wolf (AFS, Präsident)
einstimmig angenommen

11. Ordentliche Sitzung (WS)

Antrag 11/1

I. Die Ereignisse der letzten Wochen in Berlin haben gezeigt, in welchem Ausmaße es schon vor Verabschiedung der Notstandsgesetze möglich ist, die bürgerlichen Freiheitsrechte zu kassieren. Die Entschlossenheit des Senats, die Manifestation abweichender Meinungen zu verhindern, wurde deutlich, als Springer-Tribunal und Vietnam-Demonstration verboten wurden.

Die am 2. Juni 1967 erprobte Polizeimaschinerie stand bereit, jeden Widerstand gegen die autoritären Notverordnungen der Regierung Schütz mit brutaler Gewalt zu zerschlagen. Das fundamentale Recht auf freie Meinungsäußerung ist in West-Berlin nicht mehr gegeben.

II. Die Absicht des Senats, mit der außerparlamentarischen Opposition und den Studenten ein für allemal abzurechnen, wurde durch den Beschluß der Bereitschaftskammer des Verwaltungsgerichts durchkreuzt. Damit war es einer Minderheit gelungen, durch massiven politischen Druck — wenigstens zeitweise — die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände zu erzwingen. Wir wenden uns scharf gegen die Absicht des Senats, durch Änderung des Versammlungsgesetzes diese Möglichkeit rechtlicher Klärung zu beseitigen. In der Ankündigung dieser Gesetzesvorlage zeigt sich, daß der Senat von Berlin keine Mittel scheut, die Unabhängigkeit der Justiz gegen eine totalitäre politische Rechtsprechung einzutauschen.

III. Nach der Vietnam-Demonstration, deren disziplinierter Verlauf die Zweckmeldungen des Senats widerlegte, hat sich eine gigantische Manipulationsmaschine in Gang gesetzt. Parteien und Gewerkschaften, Regierung und Verbände haben zusammen mit der Springerpresse zu einer Gegenkundgebung eingeladen, auf der sich Schütz der von den Zeitungen Springers in Progromstimmung versetzten Bevölkerung als starker Mann präsentieren will. Damit soll die Notstandspolitik des Senats plebiszitär abgesichert werden.

Wir fordern den regierenden Bürgermeister auf, bei seiner Rede zu bedenken, daß eine Gegenkundgebung gegen die Demonstration vom Sonntag nur eine Kundgebung zur Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam sein kann. Der regierende Bürgermeister soll deutlich sagen und damit dokumentieren, daß er zusammen mit der Mehrheit der Berliner die Ausrottung des vietnamesischen Volkes für die Verteidigung der Freiheit hält, die er auch in Berlin zu verteidigen vorgibt.

IV. Berlin hat seinen Anspruch, eine demokratische Stadt zu sein, aufgegeben. Die Stadt wird zum Polizeistaat. Regierungsoffiziell wird zur gewalttätigen Unterdrükkung einer unbequemen Minderheit aufgerufen. Eine aufgeputschte Bevölkerung steht bereit, sich zu Einsatzkommandos zu formieren; der Senat läßt die einfachsten Regeln rechtsstaatlichen Verhaltens außer acht; in der Regierungspartei beginnen stalinistische Ausschlußverfahren gegen Mitglieder. Es wird eines langen Prozesses der Demokratisierung bedürfen, damit in Berlin wieder rechtsstaatliche Verhältnisse einkehren. Widerstand gegen die Politik des Senats ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht aller Bürger.

V. Der Senat unter Klaus Schütz hat in Berlin die Demokratie abgeschafft. Er wird aus der Ohrfeige, die das Verwaltungsgericht und die Demonstranten ihm versetzt haben, nichts lernen. Es ist abzusehen, daß er zu immer faschistischeren Maßnahmen greifen wird.

Deshalb fordern wir den Rücktritt des Senats; wir fordern die Anpassung des Berliner Versammlungsgesetzes an das der Bundesrepublik; wir fordern die Enteignung des Springer-Konzerns auf der Grundlage der Berliner Verfassung; wir fordern die Einstellung aller politischen Strafverfahren gegen Bürger der Stadt Westberlin; wir fordern die Demokratisierung der freien Universität und die Zurücknahme aller Notstandsmaßnahmen gegen die Opposition der Studenten.

AStA
12 ja, 4 nein, 0 enth., angenommen

Dringlichkeitsantrag 11/2

Das Studentenparlament möge beschließen, daß die Parlamentarier, die im Auftrag des Studentenparlaments am Mittwoch, dem 14. 2. 1967 nach Bonn gefahren waren, die festgesetzte Tagesgeldpauschale von 9,- DM ausgezahlt bekommen.
gez. Hartmann (LSD), Düx (SDS), Daub (AFS)
12 ja, 2 nein

Dringlichkeitsantrag 11/3

D.P.m.b. Das Studentenparlament unterstützt Andreas Papandreou in seiner Forderung an die Bundesregierung auf sofortige Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Militärjunta in Athen und fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, jegliche diplomatischen Beziehungen zur Athener Militärdiktatur abzubrechen.

Der AStA wird beauftragt, im Reisereferat darauf hinzuwirken, daß sobald wie möglich keine Reisen mehr nach Griechenland vom Reisereferat organisiert werden.

Da wir wissen, daß deklamatorische Stellungnahmen keine effektive Unterstützung des Befreiungskampfes der griechischen Opposition bedeuten kann, wird die Studentenschaft zur konkreten Unterstützung wie Waffenhilfe in nächster Zeit aufgefordert werden. Der AStA wird beauftragt; 1. Informationen zu sammeln, 2. sich konkrete Maßnahmen betr. Jahrestag zu überlegen und dem Parlament auf der nächsten Sitzung zu berichten.
gez. Bechmann (SDS), Klein (DB)
8 ja, 6 nein, 1 enth.

Dringlichkeitsantrag 11/5

D.P.m.b. — Die Studentenschaft setzt sich für eine angemessene Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Universitätsangestellten und -arbeiter in allen Gremien ein. Im studentischen Satzungsentwurf zur Universitäts-Satzung müssen insbesondere die §§ 9, 12, 25, 30 (3), 33 (1), 36 (2) in diesem Sinne geändert werden.

Begründung — Es ist nicht einzusehen, daß es an der Universität (§ 1 (2) f) Mitglieder 1. und 2. Klasse geben soll.

gez. von Freyberg (RCDS)

Das Parlamentspräsidium bittet Interessenten am Amt eines

Baufragenfachmann der Studentenschaft

sich beim AStA zu melden.

Voraussetzungen: Student / Bereitschaft das Amt mehrere Semester wahrzunehmen / Vorkenntnisse in Baufragen.

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Der Neue ist endlich da!

Das Pkw-Referat ist endlich im Besitz des vielgepriesenen neuen VW-Busses. Das VW-Werk hält Wort, denn der Neue ist nicht wiederzukennen. Durch die neue Vorder- und Hinterachse ist die Straßenlage einmalig, alle Straßenlöcher werden geschluckt, man hat mehr Platz, man kann von der vorderen Sitzbank direkt in den Laderaum gelangen, Fahrer und Beifahrer haben mehr Beinfreiheit, das Armaturenbrett fast wie bei Mercedes. Dieser Wagen ist der ideale Ferienwagen, durch die acht Plätze minimale Kosten. Überzeugen Sie sich und mieten Sie den Bus für Ihre Ferienreisen — Sie werden es nicht bereuen.

Pro km 24 Pfg, ohne Benzin, keine Grundgebühren, es müssen nur pro Tag 100 km gefahren werden, die voll verrechnet werden.

Der altbewährte AStA-Umzugsbus ist ein halbes Jahr alt. Innen mit Hartfaserplatten ausgeschlagen, eignet er sich vorzüglich für alle Kleintransporte. Dachgepäckträger, 24 Pfg pro km, ohne Benzin, 100 km pro Tag Mindestabnahme, die voll verrechnet werden. Für Kleinumzüge folgende Pauschalen: ½ Tag bis 50 km 16,— DM — bis 75 km 24,— DM. Die Pauschalpreise enthalten das Benzin. Der Kunde braucht nicht zu tanken. Über 100 km gilt der Tarif ohne Benzin.

Auch der neue Super-Käfer gehört zum Fahrzeugpark des AStA. Baujahr Dezember 1967, daher noch ganz neu, Radio, Sicherheitsgurte! 18 Pfg pro km, ohne Benzin, 100 km Mindestabnahme pro Tag, die voll verrechnet werden, sonst keine Grundgebühren.

Alle Wagen sind Insassen-Unfall versichert, Vollkasko mit Selbstbeteiligung.

Planen Sie Ihre Fahrten und Ferien mit Fahrzeugen des AStA, der Pkw-Referent wird Sie gern beraten.

Altkunden werden feststellen, daß die Preise erhöht wurden. Leider ließ sich eine Anhebung der Tarife nicht vermeiden, da der AStA neuerdings 10% Umsatzsteuer zahlen muß, sowie eine Investitionssteuer von 8% auf die Fahrzeuge in Anwendung kommt.

Übrigens: Bestellen Sie die Wagen möglichst früh — wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Sprechstunden: Montags und freitags von 13.00 bis 13.30 Uhr im AStA

Telefonische Bestellungen werden nicht berücksichtigt.

PKW Referat

Programm des Filmstudios

29. 4. **Im Fahrstuhl fuhr der Tod**
(Le Monte-Charge / La Morte Sale in Ascensore)

6. 5. **Der Hofnarr**
(The Court Jester)
USA 1955; Regie: Norman Panama
Darsteller: Danny Kaye, Glynis Johns

Ort: Festsaal des Studentenhauses Jügelstr. 1
Eintrittspreis für Studenten bei Vorlage des Ausweises DM 1,20.

Mitgliedsmarken: Nichtstudenten DM 2,50; Studenten DM 2,—.

Karten und Mitgliedsmarken erhalten Sie an der Kasse.

Vorstellungen: Mittwochs 14.00, 16.15, 18.30 und 20.45 Uhr.
Montags 18.30 und 20.45 Uhr.

Achtung unsere Geschäftsräume befinden sich ab sofort im Hause Jügelstr. 7 parterre (neben dem Reisereferat).

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WÖTZEL
MEDIZIN · Zahnmedizin · Psychologie · NATURWISSENSCHAFTEN
6 Frankfurt/Main-Süd, Paul-Ehrlich-Straße 24 / Ecke Vogelweidstraße
Telefon 68 24 30 und 61 26 57

Tatsächlich alles, was der Mediziner braucht und wünscht, findet er bei uns in Sekundenschnelle!

Großes Antiquariatslager moderner Auflagen, deren Eignung wir überprüften.

stets: informiert · schnell · sorgfältig · leistungsfähig

Führend in MEDIZIN ... von einem MEDIZINER geführt

adam griff etwas voreilig zu, als eva ihm obst anbot – das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst – gemüse – lebensmittel – getränke
vor dem haupteingang der uni – jügelstraße

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,– Fahrstunde 12,–

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9 84 19 30

ASTA-INFO archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de